

Der Ton macht die Musik!

Zur Auseinandersetzung mit der Kritik der Landeschefin von Verdi Susanne Stumpfenhusen am Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) in Brandenburg erklärt der Sprecher für Arbeitsmarktpolitik und Gewerkschaften Dr. Andreas Bernig:

Die unsachliche Kritik von Susanne Stumpfenhusen am ÖBS zeugt davon, dass sie sich offenbar mit der Thematik wenig befasst hat und alte Klischees bedient. Jeder weiß, dass die Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht ausreichen und man Arbeit nicht vermitteln kann, die nicht vorhanden ist. Auch der Personalabbau im Öffentlichen Dienst ist ein ernsthaftes Problem, dem man sich stellen muß.

Aber zwischen Arbeitsmarkt und Öffentlichen Dienst gibt es einen Bereich zusätzlicher und gemeinwohlorientierter Tätigkeiten, die sich für Private nicht rechnen, die aber gebraucht werden. Hier greift der ÖBS.

Der Vorwurf von Arbeits- und Sozialminister Günther Baaske, Stumpfenhusen betreibe Politik aus Eigennutz für einen aufgeblähten Öffentlichen Dienst damit die Gewerkschaft viele Mitglieder bekommt, ist ebenso unsachlich und widerspricht dem Koalitionsvertrag. Hier werden in der Präambel starke Gewerkschaften und kompetente Betriebsräte als unverzichtbarer Faktor der Kraft unseres Landes bezeichnet.

Die Kritik der Gewerkschaften hat einen realen Hintergrund und es ist auch ihre Aufgabe Kritik zu üben. Dem muss sich die Politik stellen. Dabei finden beide Parteien am besten zusammen, wenn beide mit Augenmaß agieren und auch die Gewerkschaften sich den Realitäten der leeren Kassen stellt.

Am sinnvollsten wäre es, wenn man gemeinsam auf Bundesebene für eine gerechtere Steuerpolitik eintritt, denn hier liegt der wesentliche Grund allen Übels.